

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 325 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 10/2022 VOM 21. OKTOBER 2022 · 1 EURO

4 | **Willkür am
Arbeitsgericht Eberswalde**
Ministerin versetzt zwei Arbeitsrichter

8 | **Wandlitzer Hilfeverein soll
Gemeinnützigkeit verlieren**
Die falschen Kriegsoffer

13 | **Götz Herrmann: Für alle
Beteiligten nicht optimal**
Verkehrsführung Heegermühler Str.

**Völlig überforderte
Schulleiterin der
Bruno H. Bürgel-
Grundschule:**

»Doch nichts passiert!«

Offener Brief der Eltern an die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Britta Ernst

Eberswalde (bbp). *»Seit einem Jahr versuchen wir alles, damit an unserer Schule wieder normal Unterricht stattfinden kann, damit unsere Kinder wieder von entlasteten und motivierten Lehrkräften unterrichtet werden.« So beginnt ein offener Brief, den die Elternsprecherkonferenz der Bruno H. Bürgel-Grundschule Eberswalde an die Bildungsministerin Britta Ernst richtete.* Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Seit einem Jahr sei klar, daß dieser Normalzustand mit der derzeitigen Schulleiterin nicht funktionieren werde. »Seit einem Jahr arbeiten wir mit dem Staatlichen Schulamt zusammen, treffen Vereinbarungen, weisen detailliert auf Probleme hin, machen auf konkrete Mißstände aufmerksam, informieren und vermitteln. Seit einem Jahr weisen wir Woche um Woche auf Probleme hin, die ausschließlich aufgrund des Unvermögens der Schulleiterin Frau Funke entstehen und die auch mit ihrem persönlichen Fehlverhalten zusammenhängen.«

Die Eltern fragen »mit aller Dringlichkeit: Wann werden Sie und die zugeordneten Behörden endlich aktiv und verweisen nicht nur aufeinander? Wir sind es leid zu warten. Und wir haben keine Zeit mehr, noch mehr Beschwerden zu verfassen. Denn hier geht es um Kinder, um unsere Kinder. Sie leiden unter der Situation und sie erhalten nicht die Bildung, die ihnen zusteht!« Alle geben zu verstehen, daß sie sehr bemüht sind. »Doch nichts passiert!«

Inzwischen gibt es in vielen Hauptfächern klassen- und jahrgangübergreifend eklatante Wissensdefizite von bis zu zwei Jahren. Vor allem in Mathematik. Lehrkräfte fallen immer wieder krankheitsbedingt in Größenordnung aus, »weil sie die Schulleiterin und das Chaos und die vielen Fehlentscheidungen nicht mehr kompensieren können«. Es sei bekannt, »daß diese Schulleiterin den Anforderungen einer Leitungskraft nicht gewachsen ist und verwaltungsrechtlich immer wieder Fehler macht und nicht im Sinne des Brandenburger Schulgesetzes agiert: Elternarbeit fand in den letzten zwei Jahren quasi nicht statt, Gremienarbeit wurde nicht ermöglicht, Elternversammlungen und Elterngespräche wurden unterbunden. Junge Schülerinnen und Schüler mußten nachsitzen, ohne daß eine Info an ihre Eltern erging. Kinder mußten im letzten Winter vor dem Schulgebäude frieren, weil der Testnachweis vergessen wurde. Klassenverbände wurden wiederholt ohne Gremienbeschluß auseinander gerissen. Förderunterricht fand im vergangenen Schuljahr nicht statt...«

Es gebe keine Konzepte für die Zukunft. Mehrere Versuche seien gescheitert. All das wisse die Ministerin. Auch, »daß diese Schulleiterin Kindern gegenüber gewalttätig agiert – sie schreit Kinder an, stellt sie bloß, setzt züchtende Maßnahmen ein, kneift und schubst.«

Die Lehrkräfte und die Eltern ertragen all das nicht mehr. »Wir haben all die Probleme klar benannt, um Hilfe gebeten und werden jetzt diese Wartetaktik der zuständigen Behörden nicht mehr akzeptieren. Denn Sie wissen, daß an unserer Schule 450 Kinder unter all diesen Umständen leiden... Kinder sind empfindliche Wesen, die die Probleme spüren und auf die mehr als angespannte Situation mit auffälligem Verhalten reagieren.«

Die Eltern fragen nun die Ministerin, weshalb NICHTS passiert. »Warum übernehmen Sie nicht endlich Verantwortung? Warum drücken sich die zuständigen Behörden vor einer Lösung? Warum trifft niemand die Entscheidung, unsere jetzige Schulleiterin von ihren Aufgaben zu entbinden? Alle sehen und erkennen ihre Überforderung und Fehler, aber NIEMAND tut etwas! Das kann doch nicht sein!«

Was ist das für ein System, fragen die Eltern, in der sich Beamte offensichtlich alles leisten können. »Sie alle haben doch eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Kindern, wenn sie in der Schule sind. Und Sie sind gesetzlich dazu verpflichtet, daß der Bildungsauftrag erfüllt wird... Wir möchten, daß Sie unsere Kinder schützen und Frau Funke von ihrer Funktion als Schulleitung entbinden.« Niemand mehr an der Bruno H. Bürgel-Grundschule hat noch »Vertrauen in eine konstruktive Zusammenarbeit mit dieser Schulleiterin«.

Die Eltern können nicht verstehen, wie eine Person, die »Kinder nachweislich bewußt entwürdigt und demütigt und Kindeswohl gefährdet«, also gegen Gesetze verstößt, als Schulleiterin berufen wird und noch immer eine ganze Schule leiten darf, ohne daß die Verstöße zu Disziplinarverfahren oder andere geeignete Maßnahmen zum Schutz des Schulbetriebes führten.

Die Eltern sprechen Ministerin Ernst als die Dienstvorgesetzte der Schulleiterin an und fordern:

»Frau Ernst, jetzt sind Sie am Zug! Sie haben alle Probleme und Kritikpunkte auf dem Tisch. Nehmen Sie Ihre Kontroll- und Aufsichtspflicht wahr und handeln. Bitte machen Sie dieser Hinhalte- und Verzögerungstaktik ein Ende!«

Den offenen Brief an die Ministerin haben zahlreiche Eltern handschriftlich signiert.

Im Winter im Kalten und Dunkeln sitzen?

Bernau (bvb/bbp). Rund 70 Gäste waren der Einladung der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler am 27. September in die Grundschule am Blumenhag in Bernau gefolgt. Unter dem Motto »Sitzen wir bald im Kalten und Dunkeln?« referierte der energiepolitische Sprecher PHILIP ZESCHMANN über die aktuelle Lage und gab einen Ausblick. Ein weiterer Schwerpunkt des rund einstündigen Vortrages waren die grundlegenden Versäumnisse und Fehleinschätzun-

gen der Landes- und Bundesregierung. Die Menschen in der BRD zahlen seit Jahren die höchsten Strompreise Europas und mit die höchsten der Welt. Als wäre das nicht schon genug, werden die starken Preisanstiege bei Öl, Gas und Strom zunehmend zu einer existentiellen Frage, vor allem für Geringverdiener.

Die Fraktion widmet sich dem brandaktuellen Thema lösungsorientiert und zeigt Wege auf, wie sich eine ausreichende Wärmeversor-

gung im Winter sowie bezahlbare Energiepreise sicherstellen lassen. Hierzu gehört die Nutzung eines wirklich breit gefächerten Energiemixes samt einer zumindest vorübergehenden Weiternutzung von Kohle- und Kernkraftwerken.

Im Anschluß an den Fachvortrag entwickelte sich eine teils kontroverse Debatte, in der deutlich die Sorgen und Ängste der Menschen zum Ausdruck kamen. Der Fraktionsvorsitzende PÉTER VIDA appelliert an die Regierungen in Bund und Land, sich ihrer Verantwortung zu stellen, damit die Menschen im Winter nicht im Kalten oder Dunkeln sitzen müssen. Die Probleme sind gravierend und überzeugende kurz-, mittel- und langfristige Lösungen fehlen. Vor allem bei den langfristigen Perspektiven zeichnet sich ein »Weiter so« ab, das leider nicht den technologischen und wirtschaftlichen Realitäten entspricht.

Hoher Investitionsbedarf bei der Bahn

An den unablässig auftretenden Behinderungen im Bahnverkehr als auch diversen innerstädtischen Verkehrs-Staus sieht man, wo Deutschland in seinem Gemeinwesen einen hohen Investitions- und Regelungsbedarf hat. In Bernau sind seit dem 8. Oktober die Straßensperrungen für den Ersatzneubau beider Bahnbrücken in unmittelbarer Bahnhofsnähe Wirklichkeit. Das ist von oben herab gesehen im Sinne einer zügigen Investition der seit der Kaiserzeit verbauten Brücken- und Gleisführung erfreulich zu erwähnen.

Doch die Umstände für alle Verkehrsteilnehmer sind immens, denn für ÖPNV und Individualverkehr ist damit für längere Zeit nichts so, wie es einmal war. Und selbst das reicht noch nicht, denn Fahrgäste des ÖPNV leiden zusätzlich unter den üblichen Alltags-

Pannen, die das Bahnwesen sowieso permanent bereithält, wie Martin Günther am 12. Oktober berichtete: »Voller Bahnsteig in Zepernick. Nein, da wollte ich gar nicht hin. Weichenschaden! Um zur Arbeit zu kommen von Bernau aus also in Zepernick mit vielen anderen umsteigen. Passiert. Leider aufgrund der vernachlässigten Investitionen in die Infrastruktur die letzten Jahrzehnte mehr als nötig. Insofern bin ich froh, daß jetzt die Bahnbrücken in Bernau erneuert werden, auch wenn es erstmal zusätzliche Belastung bedeutet. Statt 100 Mrd. Euro in die Bundeswehr zu verschwenden, wäre Geld in die Mobilitätswende und Energiewende viel sinnvoller angelegt. Und hier auch mal ein Dank an die Kolleg:innen der Öffis, die trotz aller zusätzlichen Belastungen den Betrieb am Laufen halten.«

THOMAS TOBLER

Das Letzte...

Da hab ich neulich 'ne Menge Kohle für warme Sachen ausgegeben, damit ich's auch bei 17 Innen-Graden und Stromabschaltung mollig habe.

Auf dem Markt wurden die drei Fahnenträger von drei Polizeiautos bewacht, man kann ja nie wissen, wo die Staatsfeinde lauern.

Es ist schon seltsam, daß unser hiesiger Arbeitsmarkt vom Ukrainekrieg profitiert. Nicht nur, daß es jetzt massenhaft billige willige faktisch gezwungene Lohnarbeiterinnen gibt, auch ukrainische Unternehmer satteln flugs um und verlegen ihre Rohrproduktion einfach in den schönen Barnim, weg von russischen Raketen.

Die Frage ist nur: Bekommen wir jetzt einen Rüstungsbetrieb vor die Nase??? Mit NATO-Waffen Frieden schaffen! Da hilft dann nur noch ein Gläschen Gorbatschow ...

FRANK PLISCHKE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions-schluß: 12. Oktober 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist voraussichtlich am 9. November 2022.